

Freiheit mit der konstitutionell-monarchischen Form zu verschmelzen bemüht sein.

(Vpsst.)

Constitutioneller Verein zu Ratibor.

Ratibor den 9. August. Ordner: Ober-Landes-Gerichts-Rath v. Tepper.

An der Tages-Ordnung ist die Frage, welche aus dem Fragekasten genommen war, ob wöchentlich eine zweimalige Versammlung wieder eingeführt werden solle? Nach kurzer Debatte hatte nachdem Herr v. Tepper für Beibehaltung der einmaligen, Herr Curatus Hauptstodt aber für zweimalige Versammlung gesprochen, wurde die Frage verneinend entschieden. Hierauf erstattet Herr Landschafts-Deputat Niemer den Rechnungs-Revisionsbericht, und ertheilt in Folge erhaltener Vollmacht dem Rechnungsführer Decharge. Die Versammlung spricht gegen letzteren zugleich ihren Dank aus. Ueber die beklagenswerthen Vorfälle in Schweidnitz giebt v. Tepper einen umständlichen auf Zeugenausagen gegründeten Bericht, damit jeder selbst sich ein leidenschaftsloses Urtheil bilden könne, und Domherr Heide theilt hierauf die Eingänge aus Frankfurt mit. Während dieser Verhandlung hatte die Kommission die vorhandenen Stimmzettel für die Wahl von drei neuen Vorstandsmitgliedern gezählt, und es ergab sich, daß Hr. D. L. G. Chef-Präsident Wenzel, Hr. Dr. v. d. Decken und Herr Dr. Wichura die meisten Stimmen hatten, die daher, da kein Widerspruch von Seiten der Gewählten erfolgte, als neue Vorstandsmitglieder zu betrachten sind.

Da die Tages-Ordnung beendet war, ohne daß Jemand das Wort beehrte, regte der Ordner die Frage an: ob Fideikommiſſe für die Zukunft zu verbieten und die Aufhebung der Bestehenden ohne Entschädigung gerechtfertigt sei? — In Beziehung der Unzulässigkeit der Errichtung neuer Fideikommiſſe sprach sich der Redner aus Gründen des Gemeinwohls für ein Verbot aus, obwohl sich nicht verkennen läßt, daß eine Beschränkung der Dispositionsbefugniß des Eigenthümers über sein Vermögen darin liege. Dagegen führte er aus, daß es nicht gerechtfertigt sei, ohne Entschädigung der zur Fideikommiſſfolge berechtigten Agnaten die Fideikommiſſeigenschaft aufzuheben, und zum Allos in der Hand des Fideikommiſſbesizers zu machen, der mit dem Schaden der Familie, welche Gesamteigenthümerin sei, bereichert würde; daß ferner ein offenkbarer Widerspruch in dem vorhergehenden § des Verfassungsentwurfes enthalten sei, welcher Eingriffe in das Eigenthum ohne Entschädigung im Interesse des Gemeinwohls für unzulässig erachte. Wo

nicht durch Familienschlässe die Aufhebung zu bewirken sei, müsse scheidssrichtlich oder nach einem die Prinzipien der Abfindung bestimmenden Gesetze die Entschädigung erfolgen. Die Ausführung fand keinen Widerspruch, so daß es zu keiner Diskussion kam. Hierauf nahm Dr. v. d. Decken das Wort, und behauptete, daß eine Reform der Gesetzgebung im Sinn des Humanismus unserer Zeit nöthig erscheine, und daß diese durch die in Aussicht gestellten Geschworenengerichte erfolgen werde. Der Grund unserer bisherigen schlechten Gesetzgebung liege in dem Mangel an psychologischer Kenntniß. Es sei unrecht, wenn z. B. das Weib eben so wie der Mann für ein Verbrechen bestraft werde, weil das Weib mehr ein Gemüthsleben führe, und mehr auf dem kindlichen Standpunkte bleibe. — Gleichzeit vor dem Gesetze könne daher oft, wie z. B. in dem angeführten Falle zur offenbaren Ungerechtigkeit führen. Es sei daher an der Zeit, eine Revision der Gesetzgebung eintreten zu lassen; wo nämlich die Individualitäten verschieden oder ungleich seien, da müsse auch eine Ungleichheit vor dem Gesetze gelten, weil sonst das Gesetz hart erscheinen müsse; diese Reform werde durch die Geschworenengerichte herbeigeführt werden, durch welche ein anderes Rechtsgefühl sich unter uns entwickeln werde. v. Tepper erwiedert hierauf, daß er die Härte des bestehenden Gesetzes in Abrede stellen müsse, gäbe man dieß jedoch auch zu, so sei nicht einzusehen, wie diese Härte durch Einführung der Geschworenengerichte gemildert werden solle. Milderungsgründe seien bisher von den Gerichtshöfen stets beachtet worden, und diese wären die Ursache, daß oft nur eine außerordentliche Strafe eintrete, während bei Geschworenengerichten, nach dem die Jury ihr schuldig ausgesprochen, die ordentliche Strafe erfolgen müsse. Zum Schluß wurde noch eine Frage aus dem Fragekasten entnommen. Sie lautet: worin bestehen die Vorzüge der Habeas corpus Akte, von welchen jetzt oft die Rede ist? — Nachdem Herr v. Tepper das Wesen derselben angedeutet, bemerkte Domherr Heide, daß gerade jetzt über diesen Gegenstand in der National-Versammlung zu Frankfurt verhandelt werde, und daher die Einsicht in die stenographischen Berichte Veranlassung biete, die Sache von den verschiedensten Seiten ins Auge zu fassen. Nachdem noch mehreres hierüber aus den genannten Berichten mitgetheilt war, wurde die Versammlung geschlossen. —

Der Vorstand.